Richtlinien über das Verfahren bei der Behandlung von Gesuchen um Erteilung von Bewilligungen oder Konzessionen zur Nutzung von Gewässern sowie von Gesuchen um Erteilung gewässerschutzrechtlicher Bewilligungen

RRB vom 22. Dezember 2009

1. Zweck und Vorbehalt

- 1.1. Diese Richtlinien dienen den zuständigen kantonalen und kommunalen Behörden als eine Grundlage zur Festlegung des Verfahrensablaufs bei der Behandlung von Gesuchen um Erteilung von
- a) Bewilligungen oder Konzessionen zur Nutzung öffentlicher oder privater Gewässer nach §§ 48 ff. des Gesetzes über Wasser, Boden und Abfall (GWBA) vom 4. März 2009¹⁾;
 - b) gewässerschutzrechtlichen Bewilligungen.
- 1.2. § 134 des Planungs- und Baugesetzes (PBG) vom 3. Dezember 1978²⁾ und die Verordnung über Verfahrenskoordination und Umweltverträglichkeitsprüfung vom 28. September 1993³⁾ bleiben vorbehalten.

2. Verfahren bei Gesuchen um Bewilligung oder Konzessionierung von Gewässernutzungen

2.1. Publikation

¹⁾ Erfordert die beabsichtigte Gewässernutzung auch eine Baubewilligung nach dem Planungs- und Baugesetz vom 3. Dezember 1978, lässt das Departement das Nutzungsgesuch von der zuständigen Baubehörde zusammen mit dem Baugesuch nach den Vorschriften der Kantonalen Bauverordnung vom 3. Juli 1978⁴⁾ publizieren.

²⁾ Andernfalls publiziert das Departement das Gesuch im Amtsblatt und im Publikationsorgan der Gemeinde, wenn Dritte durch die Bewilligung oder Konzession betroffen sein könnten. § 8 der Kantonalen Bauverordnung vom 3. Juli 1978 ist sinngemäss anwendbar.

2.2. Einspracheverfahren

¹⁾ Einsprachen gegen das Gesuch sind schriftlich einzureichen. Sie sollen einen Antrag und eine Begründung enthalten.

²⁾ Liegt gleichzeitig ein Baugesuch auf, sind auch die Gewässernutzung betreffende Einsprachen an die zuständige Baubehörde zu richten. Die örtliche Baubehörde überweist diese nach Ablauf der Auflagefrist zusammen mit ihrer Stellungnahme dem Departement.

³⁾ In den übrigen Fällen sind die Einsprachen beim Departement anzubringen.

¹⁾ BGS 712.15.

²⁾ BGS 711.1.

³⁾ BGS 711.15.

⁴⁾ BGS 711.61.

2.3. Vernehmlassung anderer Amtsstellen und Behörden; Koordination

¹ Das Departement holt die Vernehmlassung der am Gesuch interessierten Amtsstellen und Behörden ein.

² Die Koordination richtet sich nach § 134 des Planungs- und Baugesetzes vom 3. Dezember 1978.

2.4. Entscheid über Gesuch und Einsprachen

¹ Die Bewilligungs- oder Konzessionsbehörde entscheidet gleichzeitig über das Gesuch um Gewässernutzung und die damit zusammenhängenden Einsprachen öffentlich-rechtlicher Natur.

² Für privatrechtliche Einwendungen sind die Parteien ans Zivilgericht zu weisen.

³ Die Bewilligung oder Konzession kann erteilt werden, bevor das Zivilgericht entschieden hat.

2.5. Eröffnung

Bei gleichzeitiger Baubewilligungspflicht ist der Entscheid über das Nutzungsgesuch zusammen mit dem Bauentscheid durch die zuständige Baubehörde zu eröffnen, in den übrigen Fällen direkt durch die Bewilligungs- oder Konzessionsbehörde.

3. Verfahren bei Gesuchen um Erteilung von gewässerschutzrechtlichen Bewilligungen

3.1. Verfahren bei Baubewilligungspflicht

¹ Erfordert das bewilligungspflichtige Vorhaben gleichzeitig eine Baubewilligung, ist das Verfahren das Folgende:

a) Ist das Baubewilligungsverfahren ein kommunales und die erforderliche gewässerschutzrechtliche Bewilligung durch die Einwohnergemeinde zu erteilen (§ 83 GWBA¹), verweist die Baubehörde in der Baupublikation auf das Erfordernis dieser Bewilligung.

b) Ist im Rahmen des kommunalen Baubewilligungsverfahrens eine gewässerschutzrechtliche Bewilligung durch das Departement zu erteilen (§ 80 Abs. 2 GWBA), prüft die örtliche Baubehörde die Gesuchsunterlagen vor und leitet sie an das Departement weiter. Ziffer 2.1 Absatz 1 gilt sinngemäss.

c) Ist das Departement Baubehörde (§ 135 Abs. 2 PBG²), verweist es in der Baupublikation auf das Erfordernis der gewässerschutzrechtlichen Bewilligung, und es befindet über diese auch in den Fällen von § 83 GWBA.

² Die Ziffern 2.2 Absätze 1 und 2, 2.3 und 2.4 gelten sinngemäss.

3.2. Verfahren ohne Baubewilligungspflicht

¹ Das Gesuch ist zu publizieren, wenn Dritte durch die gewässerschutzrechtliche Bewilligung betroffen sein könnten.

² Ist das Gesuch bei der kommunalen Baubehörde einzureichen, sorgt diese für die Publikation. § 8 der Kantonalen Bauverordnung vom 3. Juli 1978³) ist sinngemäss anwendbar.

³ Obliegt der Entscheid dem Departement (§ 80 Abs. 2 GWBA), überweist ihm die örtliche Baubehörde das Gesuch zusammen mit allfälligen Einsprachen.

¹) BGS 712.15.

²) BGS 711.1.

³) BGS 711.61.

⁴ Ist das Gesuch beim Departement einzureichen (§ 135 Abs. 2 PBG), richtet sich die Publikation nach Ziffer 2.1 Absatz 2, und es entscheidet das Department auch in den Fällen von § 83 GWBA.

⁵ Die Ziffern 2.2 Absatz 1, 2.3 und 2.4 gelten sinngemäss.

3.3. Eröffnung

Ziffer 2.5 gilt sinngemäss.

4. Inkrafttreten

Diese Richtlinien treten zusammen mit der Verordnung über Wasser, Boden und Abfall (VWBA) in Kraft. Sie unterliegen nicht dem Einspruchsrecht des Kantonsrates.